

patriotischen Kräfte, gleich welcher sozialökonomischen Stellung, religiösen Anschauung und politischen Bindung, für den Kampf um die demokratische und friedliche Lösung der Lebensfragen der Nation noch fester zusammenschlossen.

Mit der Umbildung des Deutschen Volksrates zur Provisorischen Volkskammer, mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik fand die Bündnispolitik dann auch ihren Ausdruck in der Regierungskoalition des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands. Anfang 1950, mit dem endgültigen Sieg der fortschrittlichen Kräfte in der LDPD und in der CDU, wurde die Entscheidung erhärtet, daß diese Parteien — wie auch die 1948 gegründete NDPD und DBD — als kleinbürgerlich-demokratische Parteien fest an der Seite der Arbeiterklasse unter Anerkennung ihrer führenden Rolle standen.

Am 10. Januar 1950 konnte Walter Ulbricht auf der 24. Tagung des Parteivorstandes der SED erklären, daß es zwar „unterschiedliche Interessen, Traditionen und Weltanschauungen in verschiedenen Schichten der Bevölkerung und deshalb auch unterschiedliche Ziele der einzelnen Parteien gebe. Alle demokratischen Parteien vereine jedoch ein gemeinsames Interesse: die Sicherung des Friedens und die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, die nur im gemeinsamen Kampf errungen werden können.“<sup>10</sup>

So konnte — gefördert durch die kluge Bündnispolitik der SED — die stets größer werdende Bereitschaft der Mehrheit der Angehörigen der Mittelschichten und des nichtmonopolistischen Bürgertums, neue Wege auf der Grundlage der antifaschistisch-demokratischen Ordnung mitzugehen, auch den friedlichen Übergang zum Sozialismus ermöglichen, dem die antifaschistisch-demokratischen Blockparteien zustimmten. Auf ihrer I. Konferenz der Parteibeauftragten vom 25. bis 27. September 1952 in Leipzig stimmte die LDPD ausdrücklich der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu. Sie bekannte sich dazu, „der Verwirklichung des Sozialismus durch die Arbeiterklasse unsere tätige Mithilfe zu geben“. In der Konsequenz dieser Entscheidung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien wurden dann 1954 und 1955 in enger Zusammenarbeit aller Blockparteien Methoden und Möglichkeiten erörtert und gefunden, wie die Handwerker, Einzelhändler, Unternehmer und Geschäftsleute, die Privateigentümer von Produktionsmitteln, freiwillig und bewußt den Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen in ihren Betrieben beschreiten konnten. Die Möglichkeit, die persönlichen Interessen in Übereinstimmung mit den Interessen der ganzen Gesellschaft zu bringen, wurde durch die staatliche Beteiligung an privaten Betrieben, durch den Abschluß von Kommissionsverträgen im Handel, durch die Arbeit in Produktionsgenossenschaften des Handwerks eröffnet. Allmählich, in geduldiger politisch-ideologischer Arbeit und unter strenger Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit, wandelten sich die Angehörigen dieser Schichten zu sozialistischen Werktätigen. Die soziale Kategorie der Mittelschichten wurde in der DDR schließlich ein Begriff der Vergangenheit. Erstmals in der Geschichte wurde ein Teil der früheren Kapitalistenklasse durch die sozialistische Revolution nicht enteignet, sondern durch schöpferische, auf der Bündnispolitik beruhende Maßnahmen, durch kameradschaftliche Überzeugung in die sozialistische Entwicklung einbezogen. Damit reiften wesentliche Voraussetzungen für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Jahre 1960.

Es fällt angesichts dieser Entwicklung nicht schwer, auf die Frage eindeutig

<sup>10</sup> Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1967, S. 31